

L1

Kreisvorstand Mitte**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Arbeit und Soziales: Fundament für eine sozialdemokratische Zukunft**

1 Zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand
2 und SPD Programmkommission:

3

4 **Arbeit und Soziales: Fundament für eine**
5 **sozialdemokratische Zukunft**

6

7 Wir Sozialdemokrat*innen haben unsere
8 Wurzeln in der Arbeiter*innenbewegung
9 und stehen jederzeit für Freiheit, Gerech-
10 tigkeit und Solidarität ein. Demokratische
11 Mitbestimmung in allen Lebensbereichen,
12 Umverteilung von Vermögen und Chancen
13 für alle sowie eine solidarische und soziale
14 Absicherung für schwierige Lebenslagen sind
15 zentrale Forderungen von uns Sozialdemo-
16 krat*innen. Die Wechselwirkung zwischen
17 Diskriminierung, Rassismus und Arbeits-
18 marktchancen und Armutsgefährdung
19 nehmen wir dabei in den Blick. Unsere Ge-
20 sellschaft entwickelt sich weiter, sowohl die
21 Produktionsbedingungen und der technolo-
22 gische Fortschritt als auch unsere Antworten
23 auf diese Entwicklungen. In den letzten Jahr-
24 zehnten haben wir durch die Digitalisierung
25 und neue Arbeitsorganisationsformen enor-
26 me Produktivitätsgewinne erlebt, die jedoch
27 nicht allen Beschäftigten zugutekamen. Die
28 fortschreitende Globalisierung stellt uns
29 weiter vor Herausforderungen und fordert
30 unsere globale Solidarität mit den Beschäf-
31 tigten und Arbeiter*innen weltweit. Wir sind
32 überzeugt: Gute Arbeit, ein solidarischer
33 Sozialstaat und echte Chancengerechtig-
34 keit sind keine Selbstverständlichkeit und
35 müssen immer wieder politisch erkämpft
36 werden.

37

38 **Für eine starke Tarifbindung**

39

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand
und SPD Programmkommission:

Arbeit und Soziales: Fundament für eine
sozialdemokratische Zukunft

Wir Sozialdemokrat*innen haben unsere Wurzeln in der Arbeiter*innenbewegung und stehen jederzeit für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Demokratische Mitbestimmung in allen Lebensbereichen, Umverteilung von Vermögen und Chancen für alle sowie eine solidarische und soziale Absicherung für schwierige Lebenslagen sind zentrale Forderungen von uns Sozialdemokrat*innen. Die Wechselwirkung zwischen Diskriminierung, Rassismus und Arbeitsmarktchancen und Armutsgefährdung nehmen wir dabei in den Blick. Unsere Gesellschaft entwickelt sich weiter, sowohl die Produktionsbedingungen und der technologische Fortschritt als auch unsere Antworten auf diese Entwicklungen. In den letzten Jahrzehnten haben wir durch die Digitalisierung und neue Arbeitsorganisationsformen enorme Produktivitätsgewinne erlebt, die jedoch nicht allen Beschäftigten zugutekamen. Die fortschreitende Globalisierung stellt uns weiter vor Herausforderungen und fordert unsere globale Solidarität mit den Beschäftigten und Arbeiter*innen weltweit. Wir sind überzeugt: Gute Arbeit, ein solidarischer Sozialstaat und echte Chancengerechtigkeit sind keine Selbstverständlichkeit und müssen immer wieder politisch erkämpft werden.

Für eine starke Tarifbindung

Ein starkes Tarifsysteem hilft gegen Niedriglohn und prekäre Beschäftigung. Eine starke Tarifbindung ist zentral für mehr Einkommensgleichheit, soziale Gerechtigkeit

40
41 Ein starkes Tarifsysteem hilft gegen Nied-
42 riglohn und prekäre Beschäftigung. Eine
43 starke Tarifbindung ist zentral für mehr
44 Einkommensgleichheit, soziale Gerechtigkeit
45 und gute Arbeitsbedingungen. Wir ma-
46 chen uns zusammen mit dem Deutschen
47 Gewerkschaftsbund und den Einzelgewerk-
48 schaften für eine hohe Tarifbindung stark.
49 Wir kämpfen gegen die Tariffucht auf der
50 Arbeitgeberseite, für starke Gewerkschaften
51 und für eine Stärkung des Instrumentes
52 der Allgemeinverbindlicherklärungen. Wir
53 fordern gesetzliche Anpassungen an diesem
54 Instrument, die es ermöglichen, häufiger
55 und einfacher als bisher von der Möglichkeit
56 der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
57 Gebrauch zu machen. Wir setzen uns für
58 ein Verbot von Tariffucht durch Betriebs-
59 spaltungen ein, um so die Umgehung von
60 Tarifverträgen zu verhindern. Wir fordern die
61 Tarifvertragsparteien auf, die Veränderungen
62 in der Arbeitswelt durch den digitalen und de-
63 mografischen Wandel durch entsprechende
64 tarifvertragliche Regelungen zu flankieren.
65 Dort wo dies nicht der Fall ist, fordern wir,
66 dass Bundes- und Landesvergabegesetze
67 den Mindestlohn auf ein Niveau anzuheben,
68 das ein Einkommen mit deutlichem Abstand
69 zum Bürgergeld ermöglicht. Wir setzen uns
70 zusammen mit den Gewerkschaften dafür
71 ein, der Be- und Verhinderung von Betriebs-
72 und Personalratsarbeit Einhalt zu gebieten.
73 Wir wollen dafür sorgen, dass die Präsenz
74 von Betriebs- und Personalräten zunimmt
75 und ihre Mitbestimmungsrechte ausgebaut
76 werden. Dazu müssen Betriebsratswahlen
77 besser abgesichert werden. Jede Form von
78 Be- und Verhinderung von Betriebsratsarbeit
79 ist ein Verbrechen und sollte aktiv verfolgt
80 werden. Daher setzen wir uns dafür ein, rasch
81 und endlich §119 Betriebsverfassungsgesetz
82 von einem Antragsdelikt zu einem Offizi-
83 aldelikt hochzustufen. Wir halten es auch
84 für wichtig, dass das Wahlverfahren weiter
85 vereinfacht und mit mehr Rechtssicherheit

und gute Arbeitsbedingungen. Wir ma-
chen uns zusammen mit dem Deutschen
Gewerkschaftsbund und den Einzelgewerk-
schaften für eine hohe Tarifbindung stark.
Wir kämpfen gegen die Tariffucht auf der
Arbeitgeberseite, für starke Gewerkschaften
und für eine Stärkung des Instrumentes
der Allgemeinverbindlicherklärungen. Wir
fordern gesetzliche Anpassungen an diesem
Instrument, die es ermöglichen, häufiger
und einfacher als bisher von der Möglichkeit
der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
Gebrauch zu machen. Wir setzen uns für
ein Verbot von Tariffucht durch Betriebs-
spaltungen ein, um so die Umgehung von
Tarifverträgen zu verhindern. Wir fordern die
Tarifvertragsparteien auf, die Veränderungen
in der Arbeitswelt durch den digitalen und de-
mografischen Wandel durch entsprechende
tarifvertragliche Regelungen zu flankieren.
Dort wo dies nicht der Fall ist, fordern wir,
dass Bundes- und Landesvergabegesetze
den Mindestlohn auf ein Niveau anzuheben,
das ein Einkommen mit deutlichem Abstand
zum Bürgergeld ermöglicht. Wir setzen uns
zusammen mit den Gewerkschaften dafür
ein, der Be- und Verhinderung von Betriebs-
und Personalratsarbeit Einhalt zu gebieten.
Wir wollen dafür sorgen, dass die Präsenz
von Betriebs- und Personalräten zunimmt
und ihre Mitbestimmungsrechte ausgebaut
werden. Dazu müssen Betriebsratswahlen
besser abgesichert werden. Jede Form von
Be- und Verhinderung von Betriebsratsarbeit
ist ein Verbrechen und sollte aktiv verfolgt
werden. Daher setzen wir uns dafür ein, rasch
und endlich §119 Betriebsverfassungsgesetz
von einem Antragsdelikt zu einem Offizi-
aldelikt hochzustufen. Wir halten es auch
für wichtig, dass das Wahlverfahren weiter
vereinfacht und mit mehr Rechtssicherheit
ausgebaut wird. Gerade vor dem Hintergrund
neuer Arbeitsformen und der Digitalisierung
setzen wir uns dafür ein, dass kollektive
Vertretungsrechte für alle Erwerbsformen
gesichert und ggf. neue Wege gefunden

86 ausgebaut wird. Gerade vor dem Hintergrund
 87 neuer Arbeitsformen und der Digitalisierung
 88 setzen wir uns dafür ein, dass kollektive
 89 Vertretungsrechte für alle Erwerbsformen
 90 gesichert und ggf. neue Wege gefunden
 91 werden. Insbesondere treten wir ein für ein
 92 Verbandsklagerecht für Gewerkschaften,
 93 welches ein Klagerechte gegen tarifliche
 94 Missachtungen ermöglichen würde. Um
 95 gute Löhne und Arbeitsbedingungen für
 96 viele Menschen zu sichern, muss der Staat
 97 mit gutem Beispiel vorangehen. Daher sollen
 98 öffentliche Verträge und staatliche Förderun-
 99 gen nur an tarifgebundene Unternehmen
 100 mit Betriebsrat vergeben werden dürfen.
 101 Denn wir sind uns einig: Keine staatlichen
 102 Aufträge an Unternehmen ohne Tarifbindung
 103 und ohne Betriebsrat. Wir fordern steuerliche
 104 Vorteile für Gewerkschaftsbeiträge. Diese
 105 sind z. B. durch eine Verbesserung der Ab-
 106 setzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen, in dem
 107 diese aus der Werbungskostenpauschale
 108 herausgenommen werden sollen, möglich.
 109 Wir setzen uns für die Einführung einer
 110 Demokratiezeit für Arbeitnehmer*innen ein.
 111 Bezahlte Arbeitszeit für Gewerkschaftsar-
 112 beit, denn Mitbestimmung am Arbeitsplatz
 113 und gute Arbeitsbedingungen stärken die
 114 Demokratie insgesamt.

115 **„Arbeit muss sich lohnen – für eine sozialde-
 116 mokratische Umverteilung**

117 **Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit
 118 die zumeist einzige Einnahmequelle zur Exis-
 119 tenzsicherung in der Arbeitsphase, aber auch
 120 in der Rente. Daher muss mit dem Lohn auch
 121 auf Dauer der Lebensunterhalt abgesichert
 122 werden können. Für die Durchschnittsverdie-
 123 nenden oder auch Normalverdienenden wird
 124 dies aber immer schwieriger.**

125 **Wenn von den Löhnen ein nicht unerheb-
 126 licher Anteil für die Sozialversicherungslei-
 127 stungen bereits nicht mehr zur Verfügung
 128 steht und hinzu kommen noch Steuern, wird
 129 diese Absicherung auch in Frage gestellt. Ne-
 130 ben der Frage: wozu gehe ich dann noch ar-
 131 beiten? Führt dies zu erheblichen Zweifeln**

werden. Insbesondere treten wir ein für ein
 Verbandsklagerecht für Gewerkschaften,
 welches ein Klagerechte gegen tarifliche
 Missachtungen ermöglichen würde. Um
 gute Löhne und Arbeitsbedingungen für
 viele Menschen zu sichern, muss der Staat
 mit gutem Beispiel vorangehen. Daher sollen
 öffentliche Verträge und staatliche Förderun-
 gen nur an tarifgebundene Unternehmen
 mit Betriebsrat vergeben werden dürfen.
 Denn wir sind uns einig: Keine staatlichen
 Aufträge an Unternehmen ohne Tarifbindung
 und ohne Betriebsrat. Wir fordern steuerliche
 Vorteile für Gewerkschaftsbeiträge. Diese
 sind z. B. durch eine Verbesserung der Ab-
 setzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen, in dem
 diese aus der Werbungskostenpauschale
 herausgenommen werden sollen, möglich.
 Wir setzen uns für die Einführung einer
 Demokratiezeit für Arbeitnehmer*innen ein.
 Bezahlte Arbeitszeit für Gewerkschaftsar-
 beit, denn Mitbestimmung am Arbeitsplatz
 und gute Arbeitsbedingungen stärken die
 Demokratie insgesamt.

Prekäre Arbeitsverhältnisse erkennen und beenden

Der **Mindestlohn** ist eines der erfolgreichsten
 Instrumente zur Bekämpfung von Niedriglöh-
 nen und prekären Beschäftigungsverhältnis-
 sen in Deutschland. Seit seiner Einführung
 hat er die Lohnsituation für Millionen von Ar-
 beitnehmer*innen verbessert und so einen
 wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Ein-
 kommensungleichheiten geleistet. Um die-
 sem Erfolg weiter gerecht zu werden, muss
 der Mindestlohn konsequent durchgesetzt
 und bis 2026 auf 15 € pro Stunde erhöht wer-
 den. Darüber hinaus ist er regelmäßig an die
 Inflation und an die allgemeine Lohnentwick-
 lung anzupassen, um die Kaufkraft zu sichern.
 Strenge Maßnahmen zur Kontrolle der Ein-
 haltung des Mindestlohns müssen ausgewei-
 tet werden. Die **Mindestlohnkommission ist
 angehalten, ihre Entscheidung künftig im Ein-
 vernehmen mit Bund und Ländern zu tref-**

132 **am Funktionieren eines gerechten Staates**
 133 **und stellt diesen dann auch in Frage. Ver-**
 134 **druss, Rückzug, Distanzierung und ggf. eine**
 135 **Abkehr vom gesellschaftlichen System kön-**
 136 **nen die Folgen sein. Dies können und wol-**
 137 **len wir nicht einfach hinnehmen. Wer arbei-**
 138 **tet und dabei auch normal oder gut verdient,**
 139 **soll auch davon leben können. Und sich in der**
 140 **Gesellschaft engagieren und einbringen kön-**
 141 **nen.**

142 **Es gilt auch heute der alte Sinnspruch Otto**
 143 **Normalverdiener soll am Ende des Monats**
 144 **mehr Netto vom Brutto in der Tasche haben.**
 145 **Daher galt Jahrzehntlang die Grenze von 40**
 146 **% Sozialversicherungsabgaben als magische**
 147 **Grenze, die nicht überschritten werde sollte**
 148 **damit den Menschen am Ende genug zum Le-**
 149 **ben bleibt. Diese Grenze hat die Ampel be-**
 150 **reits in 2023 überschritten. Und sie wird bei**
 151 **den in Rede stehenden Entwicklungen u. a.**
 152 **in der Gesundheits- und Pflegebereich auch**
 153 **noch weiter steigen.**

154 **Um die Sozialabgaben und steuerlichen**
 155 **Belastungen wieder auf unter 40% zurück**
 156 **zu führen, benötigen wir eine Reihe von**
 157 **Reformen in den einzelnen Bereichen der**
 158 **Sozialversicherungen und bei der Steuer.**
 159 **Gesundheit-, Pflege und Rentenreformen**
 160 **müssen zum einen auch andere Berufsstände**
 161 **beinhalten im Sinne einer Bürgerversiche-**
 162 **rung und sehr gut Verdienende müssen**
 163 **entsprechend höhere Beiträge leisten. Ar-**
 164 **beitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit**
 165 **geringerem Einkommen sollten dagegen**
 166 **durch eine Senkung der Lohnnebenkosten**
 167 **entlastet werden.**

168 **Aber wir müssen auch im steuerlichen Be-**
 169 **reich Änderungen endlich nicht nur fordern,**
 170 **sondern auch umsetzen: z. B. Arbeit darf**
 171 **nicht höher besteuert werden als Nichtar-**
 172 **beit! Keine pauschale Besteuerung von Kapi-**
 173 **talerträgen mit 25 Prozent, sondern mit dem**
 174 **persönlichen Steuersatz.**

175 **Und wir müssen Menschen mit niedrigen und**
 176 **mittleren Einkommen steuerlich entlasten.**
 177 **Im Gegenzug werden Spitzenverdienerinnen**

fen. Gleichzeitig nimmt die Zahl prekärer Be-
 schäftigungsverhältnisse im Dienstleistungs-
 sektor, insbesondere durch plattformbasier-
 te Geschäftsmodelle wie Uber und Lieferan-
 do, stark zu. Diese Geschäftsmodelle bieten
 oft keine ausreichenden sozialen Absicherun-
 gen und zwingen die Beschäftigten in abhän-
 gige, aber formal selbstständige Tätigkeiten.
 Dadurch werden grundlegende Rechte, wie
 der Anspruch auf Mindestlohn, soziale Siche-
 rung und Arbeitsschutz, umgangen. Es muss
 sichergestellt werden, dass alle Arbeitneh-
 mer*innen, die für Plattformunternehmen tä-
 tig sind, unter den Schutz des Mindestlohns
 und der Sozialversicherungen fallen. Darüber
 hinaus müssen die Unternehmen verpflichtet
 werden, faire Arbeitsbedingungen zu garan-
 tieren, einschließlich einer Absicherung ge-
 gen Arbeitsunfälle, Krankheit und Altersar-
 mut. Eine klare gesetzliche Abgrenzung zwi-
 schen Arbeitnehmer*innen und Selbstständigen
 ist an dieser Stelle notwendig, um Miss-
 brauch durch Scheinselbstständigkeit zu ver-
 hindern.

Leiharbeit bleibt ein weiteres Instrument,
 das Unternehmen oftmals zulasten der Leih-
 arbeiter*innen Flexibilität bietet. Sie haben
 in vielen Fällen schlechtere Arbeitsbedingun-
 gen und werden schlechter bezahlt als die
 Stammbeslegschaft. Wir fordern deshalb glei-
 chen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ers-
 ten Tag der Beschäftigung. Um dauerhafte
 Leiharbeit zu verhindern, muss ihre Einsatz-
 dauer auf maximal zwölf Monate pro Ein-
 satz begrenzt werden. Zudem müssen die
 Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei
 der Einsatzplanung gestärkt werden. Auch
 die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse
 hat in den letzten Jahren stark zugenommen.
 Besonders junge Menschen und Berufsein-
 steiger*innen sind hiervon betroffen, was zu
 Unsicherheit und Planungsunfähigkeit führt.
 Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsver-
 trägen und damit einhergehende Kettenver-
 träge muss abgeschafft werden. Nach zwei
 Jahren befristeter Beschäftigung muss ein

178 **und Spitzenverdiener mehr bezahlen müs-**
 179 **sen. Ebenso ist eine Vermögens- und Erb-**
 180 **schaftssteuerreform endlich umzusetzen. Er-**
 181 **ben, die nach Wegen suchen, ihr Erbe selbst**
 182 **sozial gerecht zu verteilen, haben dazu der-**
 183 **zeit kaum öffentliche Möglichkeiten. Wer**
 184 **Vermögen der Allgemeinheit zukommen las-**
 185 **sen und damit durch eigene Entscheidungen**
 186 **mit eigenem Vermögen bewusst eine Umver-**
 187 **teilung erreichen möchte, kann das derzeit**
 188 **nicht. Vermögen kann nur z. B. durch Stiftun-**
 189 **gen oder ähnliches privatisiert werden. Hier**
 190 **müssen wir umsteuern und unbürokratische**
 191 **Wege finden, wie Vermögen an die Allge-**
 192 **meinheit überlassen werden dürfen.“**

193 **Prekäre Arbeitsverhältnisse erkennen und**
 194 **beenden**

195 Der **Mindestlohn** ist eines der erfolgreichsten
 196 Instrumente zur Bekämpfung von Niedriglöh-
 197 nen und prekären Beschäftigungsverhältnis-
 198 sen in Deutschland. Seit seiner Einführung
 199 hat er die Lohnsituation für Millionen von Ar-
 200 beitnehmer*innen verbessert und so einen
 201 wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Ein-
 202 kommungleichheiten geleistet. Um die-
 203 sem Erfolg weiter gerecht zu werden, muss
 204 der Mindestlohn konsequent durchgesetzt
 205 und bis 2026 auf 15 € pro Stunde erhöht wer-
 206 den. Darüber hinaus ist er regelmäßig an die
 207 Inflation und an die allgemeine Lohnentwick-
 208 lung anzupassen, um die Kaufkraft zu sichern.
 209 Strenge Maßnahmen zur Kontrolle der Ein-
 210 haltung des Mindestlohns müssen ausgewei-
 211 tet werden. Gleichzeitig nimmt die Zahl pre-
 212 kärer Beschäftigungsverhältnisse im Dienst-
 213 leistungssektor, insbesondere durch platt-
 214 formbasierte Geschäftsmodelle wie Uber und
 215 Lieferando, stark zu. Diese Geschäftsmodelle
 216 bieten oft keine ausreichenden sozialen Absi-
 217 cherungen und zwingen die Beschäftigten in
 218 abhängige, aber formal selbstständige Tätig-
 219 keiten. Dadurch werden grundlegende Rech-
 220 te, wie der Anspruch auf Mindestlohn, so-
 221 ziale Sicherung und Arbeitsschutz, umgan-
 222 gen. Es muss sichergestellt werden, dass al-
 223 le Arbeitnehmer*innen, die für Plattformun-

unbefristetes Arbeitsverhältnis obligatorisch
 sein.

Praktika sind ein zentraler Baustein im Über-
 gang von der Ausbildung in das Berufsleben.
 Sie bieten die Chance, praktische Erfahrun-
 gen zu sammeln und sich beruflich zu orien-
 tieren. Allerdings dürfen sie nicht dazu ge-
 nutzt werden, junge Menschen als günstige
 Arbeitskräfte auszubeuten. Es ist unerlässlich,
 dass Praktika fair vergütet werden, insbeson-
 dere wenn sie länger als drei Monate dau-
 ern. Neben einer angemessenen Bezahlung
 muss der Schutz von Praktikant*innen durch
 eine verstärkte Kontrolle von Arbeitszeit, Ar-
 beitsbedingungen und dem Einhalten recht-
 licher Vorgaben gewährleistet sein.

Trotz hoher Arbeitsbelastung verdienen vie-
 le Beschäftigte weiterhin viel zu wenig. Oft
 müssen prekär Beschäftigte mit Bürgergeld
 aufstocken, da sie sonst nicht in der Lage sind,
 ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dies be-
 trifft Millionen Beschäftigte im Niedriglohn-
 sektor. Prekär beschäftigt sind strukturell be-
 sonders Frauen bzw. Alleinerziehende, jun-
 ge Menschen und Menschen mit Migrations-
 geschichte. Sie hängen besonders oft in der
 Armutsfalle Minijob fest. Minijobber*innen
 sind im erheblichen Maße von Altersarmut
 gefährdet, da sie keine Ansprüche auf Leis-
 tungen aus der Arbeitslosen-, Kranken- oder
 Pflegeversicherung haben. Zudem sind Mini-
 jobs nicht sozialversicherungspflichtig, son-
 dern prekär und ungesichert. **Es ist daher**
wichtig, dass Minijobs kein Ersatz für regu-
läre sozialversicherungspflichtige Beschäfti-
gung werden. Minijobs sollen nicht auf Dauer
angelegt sein. Gleichzeitig spricht nichts da-
gegen, dass Menschen ihr Einkommen damit
aufbessern.

Künstliche Intelligenz und Automatisierung

Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisie-
 rung bieten enormes Potenzial, unser Ar-
 beitsleben zu bereichern, indem sie Prozes-
 se effizienter gestalten und neue Möglich-
 keiten schaffen. Gleichzeitig müssen wir die-
 sen technologischen Wandel mit Vorsicht

224 ternehmen tätig sind, unter den Schutz des
225 Mindestlohns und der Sozialversicherungen
226 fallen. Darüber hinaus müssen die Unterneh-
227 men verpflichtet werden, faire Arbeitsbedin-
228 gungen zu garantieren, einschließlich einer
229 Absicherung gegen Arbeitsunfälle, Krankheit
230 und Altersarmut. Eine klare gesetzliche Ab-
231 grenzung zwischen Arbeitnehmer*innen und
232 Selbstständigen ist an dieser Stelle notwen-
233 dig, um Missbrauch durch Scheinselbststän-
234 digkeit zu verhindern.

235

236 **Leiharbeit** bleibt ein weiteres Instrument,
237 das Unternehmen oftmals zulasten der
238 Leiharbeiter*innen Flexibilität bietet.

239 ~~Sie haben in vielen Fällen schlechtere Arbeitsbedin-~~
240 Wir fordern ~~weitere~~ deshalb weiterhin gleichen Lohn
241 für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag der
242 Beschäftigung. Um dauerhafte Leiharbeit
243 zu verhindern, muss ihre Einsatzdauer
244 auf maximal zwölf Monate pro Einsatz
245 begrenzt werden. Zudem müssen die
246 Mitbestimmungsrechte der Betriebsrä-
247 te bei der Einsatzplanung gestärkt werden.

248 ~~Auch die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse~~
249 **sozialversicherungspflichtige Arbeitsver-**
250 **hältnisse sind für alle Beschäftigten das Ziel**
251 **sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik.**

252 Besonders junge Menschen und Berufsein-
253 steiger*innen sind hiervon betroffen, was
254 zu Unsicherheit und Planungsunfähigkeit
255 führt. Die sachgrundlose Befristung von
256 Arbeitsverträgen und damit einhergehende
257 Kettenverträge muss abgeschafft werden.
258 Nach zwei Jahren befristeter Beschäftigung
259 muss ein unbefristetes Arbeitsverhältnis
260 obligatorisch sein.

261 Praktika sind ein zentraler Baustein im Über-
262 gang von der Ausbildung in das Berufsleben.
263 Sie bieten die Chance, praktische Erfahrungen
264 zu sammeln und sich beruflich zu orien-
265 tieren. Allerdings dürfen sie nicht dazu ge-
266 nutzt werden, junge Menschen als günsti-
267 ge Arbeitskräfte auszubeuten. Es ist unerläss-
268 lich, dass Praktika fair vergütet werden, insbe-
269 sondere wenn sie länger als drei Monate dau-

und differenziert angehen, um sicherzustellen,
dass die Interessen und Rechte der Arbeit-
nehmer*innen geschützt werden. Die fort-
schreitende Entwicklung von Künstlicher In-
telligenz und Automatisierungstechnologien
hat das Potenzial, zahlreiche Arbeitsplätze zu
gefährden. Besonders betroffen sind Beru-
fe im Dienstleistungssektor, in der Produkti-
on sowie in administrativen Tätigkeiten, die
von Routineaufgaben geprägt sind. Um die-
ser Entwicklung gerecht zu werden, müs-
sen wir die betroffenen Arbeitnehmer*innen
schützen und ihnen durch Weiterbildungs-
und Umschulungsprogramme eine Perspek-
tive bieten. Dafür muss es einen bundes-
weiteren Weiterbildungsfonds für Arbeitneh-
mer*innen und staatlich geförderte Program-
me geben, die den Erwerb neuer, zukunftsfä-
higer Kompetenzen fördern und somit eine
neue Beschäftigung in innovativen und wach-
senden Branchen ermöglichen. Durch die Ein-
führung eines Rechtsanspruchs auf Weiter-
bildung und Qualifizierung für gefährdete
Arbeitnehmer*innen muss sichergestellt wer-
den, dass niemand im Wandel der Arbeitswelt
zurückgelassen wird. Die Arbeitsagenturen
müssen enger mit Unternehmen, Bildung-
einrichtungen und den Betroffenen zusam-
menarbeiten, um funktionierende Qualifizie-
rungsprogramme zu entwickeln. Zusätzlich
müssen Anreize für Unternehmen geschaf-
fen werden, ihre Beschäftigten aktiv in diesen
Weiterbildungsprozess einzubinden und da-
durch langfristige Arbeitsplatzsicherheit zu
gewährleisten. Weiter müssen neue Ausbil-
dungsberufe und Studiengänge im Bereich
Digitalisierung, KI und Automatisierung in-
tensiviert werden. Diese neuen Bildungsan-
gebote müssen frühzeitig auf die Anforde-
rungen der Arbeitswelt vorbereiten. Dazu ge-
hört auch die Förderung von dualen Studi-
engängen und praxisorientierten Weiterbil-
dungen, die in enger Zusammenarbeit mit
der Industrie entwickelt werden. Für älte-
re Arbeitnehmer*innen und geringqualifizier-
te Beschäftigte müssen spezielle Förderpro-

270 ern. Neben einer angemessenen Bezahlung
 271 muss der Schutz von Praktikant*innen durch
 272 eine verstärkte Kontrolle von Arbeitszeit, Ar-
 273 beitsbedingungen und dem Einhalten recht-
 274 licher Vorgaben gewährleistet sein.

275 • Trotz hoher Arbeitsbelastung verdienen
 276 viele Beschäftigte weiterhin viel zu we-
 277 nig. Oft müssen prekär Beschäftigte
 278 mit Bürgergeld aufstocken, da sie sonst
 279 nicht in der Lage sind, ihren Lebensun-
 280 terhalt zu bestreiten. Dies betrifft Mil-
 281 lionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor.
 282 Prekär beschäftigt sind strukturell
 283 besonders Frauen **bzw.** Alleinerziehende,
 284 **Menschen ohne Ausbildung**, junge
 285 Menschen und Menschen mit Migra-
 286 tionsgeschichte. Sie hängen besonders
 287 oft in der Armutsfalle Minijob fest. Mi-
 288 nijobber*innen sind im erheblichen Ma-
 289 ße von Altersarmut gefährdet, da sie
 290 keine Ansprüche auf Leistungen aus der
 291 Arbeitslosen-, Kranken- oder Pflegever-
 292 sicherung haben. Zudem sind Minijobs
 293 nicht sozialversicherungspflichtig, son-
 294 dern prekär und ungesichert. Deshalb
 295 setzen wir uns für eine Abschaffung von
 296 Minijobs ein.

297

298 **Künstliche Intelligenz und Automatisierung**

299

300 Künstliche Intelligenz (KI) und Automati-
 301 sierung bieten enormes Potenzial, unser
 302 Arbeitsleben zu bereichern, indem sie
 303 Prozesse effizienter gestalten und neue
 304 Möglichkeiten schaffen. Gleichzeitig müs-
 305 sen wir diesen technologischen Wandel
 306 mit Vorsicht angehen, um sicherzustellen,
 307 dass die Interessen und Rechte der Ar-
 308 beitnehmer*innen geschützt werden. Die
 309 fortschreitende Entwicklung von Künstlicher
 310 Intelligenz und Automatisierungstech-
 311 nologien hat das Potenzial, zahlreiche
 312 Arbeitsplätze zu gefährden. Besonders be-
 313 troffen sind Berufe im Dienstleistungssektor,
 314 in der Produktion sowie in administrati-
 315 ven Tätigkeiten, die von Routineaufgaben

gramme implementiert werden, damit nie-
 mand abgehängt wird!

Darüber hinaus unterstützen wir Arbeitneh-
 mer*innen und Gewerkschaften in ihrem Be-
 streben, die Arbeitszeit zu reduzieren. Das
 Ziel muss sein, mehr Menschen zu ermögli-
 chen, weniger Stunden bei vollem Lohnaus-
 gleich zu arbeiten, um so eine bessere Ver-
 einbarkeit von Beruf und Privatleben zu ge-
 währleisten und gleichzeitig die Produktivi-
 tät durch innovative Arbeitsmodelle zu stei-
 gern. Diese Entwicklung ist gerade in Zeiten
 der Automatisierung ein zentraler Baustein
 für die Zukunft der Arbeit. Künstliche Intelli-
 genz und Automatisierung bieten auch Chan-
 cen für gute digitalisierte Arbeit, mehr Selbst-
 bestimmung und Mitbestimmung aller Be-
 schäftigten. Dies gelingt nur, wenn Beschäf-
 tigte entlastet und Überwachung entgegen-
 gewirkt wird. Daher fordern wir ein Recht
 auf Unerreichbarkeit während der Ruhezei-
 ten, eine stärkere Flexible Arbeitszeiten müs-
 sen Beschäftigten die Möglichkeit geben, frei
 darüber zu entscheiden, wann sie arbeiten
 wollen. Dies gelingt nur durch die Novellie-
 rung des Arbeitszeitgesetzes. Zusätzlich bie-
 tet die Automatisierung eine Chance, dass
 Branchen, die unter einem hohen Fachkräfte-
 mangel leiden, entlastet werden. Neben der
 Weiterbildung und Jobsicherheit der Arbeit-
 nehmer, ist es auch Aufgabe der Politik, auto-
 matisierte Umsetzungsmaßnahmen zu eva-
 luieren, um die Arbeitsbelastung der Arbeit-
 nehmer*innen zu reduzieren. Dies ist insbe-
 sondere im öffentlichen Nahverkehr, der Lo-
 gistik und in der Verwaltung zu überprüfen.

Qualifizierung ermöglichen

Bildung, Nachqualifizierung, Weiterbildung
 und Qualifizierung sind integrale Bestandteile
 einer aktiven Sozial- und Arbeitsmarktpoli-
 tik und wirken präventiv, im Sinne der Eröff-
 nung von Möglichkeiten der sozialen Teilha-
 ben und bei Zugängen zu Ausbildung und Ar-
 beit. Dies gilt für alle Menschen und verfolgt
 das Prinzip einer integrativen und inklusiven
 Bildung.

316 geprägt sind. Um dieser Entwicklung ge-
 317 recht zu werden, müssen wir die betref-
 318 fenen Arbeitnehmer*innen schützen und
 319 ihnen durch Weiterbildungs- und Umschu-
 320 lungsprogramme eine Perspektive bieten.

321 ~~Dafür muss es einen bundesweiten Weiterbildungsformalitätenlasten und auch dem Fach- geförderte Progra~~
 322 ~~Durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Weiterbildung wird Entgelt gewährt. Die So-~~
 323 ~~.Mit dem in 2024 verabschiedeten Gesetz~~
 324 ~~zur Stärkung von Aus- und Weiterbildung~~
 325 ~~und dem seit 2020 geltendem Arbeit-von-~~
 326 ~~morgen-Gesetz sind gute Instrumente~~
 327 ~~vorhanden, damit Arbeitnehmer*innen~~
 328 ~~für den Wandel in der Arbeitswelt fit ge-~~
 329 ~~macht werden. Durch die Einführung eines~~
 330 ~~Rechtsanspruches auf Weiterbildung und~~
 331 ~~Qualifizierung sichern wir die Teilhabemög-~~
 332 ~~lichkeit von Arbeitnehmer*innen, damit~~
 333 ~~diese von den geschaffenen und finanzierten~~
 334 ~~Weiterbildungsmöglichkeiten profitieren~~
 335 ~~können.~~ Die Arbeitsagenturen müssen enger
 336 mit Unternehmen, Bildungseinrichtungen
 337 und den Betroffenen zusammenarbeiten,
 338 um funktionierende Qualifizierungspro-
 339 gramme zu entwickeln. Zusätzlich müssen
 340 Anreize für Unternehmen geschaffen wer-
 341 den, ihre Beschäftigten aktiv in diesen
 342 Weiterbildungsprozess einzubinden und
 343 dadurch langfristige Arbeitsplatzsicherheit
 344 zu gewährleisten. Weiter müssen neue
 345 Ausbildungsberufe und Studiengänge im
 346 Bereich Digitalisierung, KI und Automati-
 347 sierung intensiviert werden. Diese neuen
 348 Bildungsangebote müssen frühzeitig auf die
 349 Anforderungen der Arbeitswelt vorbereiten.
 350 Dazu gehört auch die Förderung von dua-
 351 len Studiengängen und praxisorientierten
 352 Weiterbildungen, die in enger Zusammen-
 353 arbeit mit der Industrie entwickelt werden.
 354 Für ältere Arbeitnehmer*innen und gering-
 355 qualifizierte Beschäftigte müssen spezielle
 356 Förderprogramme implementiert werden,
 357 damit niemand abgehängt wird!

358 Darüber hinaus unterstützen wir Arbeitneh-
 359 mer*innen und Gewerkschaften in ihrem
 360 Bestreben, die Arbeitszeit zu reduzieren.
 361 Das Ziel muss sein, mehr Menschen zu

Lebenslanges Lernen ermöglicht es Men-
 schen länger in Arbeit zu bleiben und auch
 bei Umbrücken eine Qualifikationsadäquate
 neue Beschäftigung zu finden. Dadurch wer-
 den die Systeme staatlicher Transferleistun-
 gen für die Sicherung der Existenz der Betrof-
 fenen in der Arbeitslosigkeit und auch dem Fach-
 Personalmarkt zu überdenken. Die Soz-
 zialdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt, das
 Grundrecht auf Bildung kostenfrei zu gestal-
 ten, um einer Stigmatisierung von Betrof-
 fenen, verbunden mit einer Entbürokratisie-
 rung und Schwellensetzungen entgegenzu-
 wirken. Unterschiedliche Leistungssysteme
 sind so zu verzahnen, dass ein verlässliches,
 kohärentes, an den Notwendigkeiten orien-
 tiertes System entsteht. Eine Sockelfinanzie-
 rung muss Leistungen und Angebote sichern,
 um Kontinuität und Qualität zu sichern. Ein-
 ne Unterscheidung zwischen freiwilligen und
 gesetzlichen Leistungen muss zukünftig ent-
 fallen. Im Zusammenhang mit Bildung muss
 das Kooperationsverbot in allen Zusammen-
 hängen durch ein Kooperationsgebot ersetzt
 werden, um notwendige Finanzierungen und
 Strukturierungen unter Nutzung der Mög-
 lichkeiten von Kommunen, Ländern und den
 Bund miteinander und nicht in der Abgren-
 zung wirken zu lassen.

Gute Ausbildung

Im Jahr 2023 haben rund 489.200 junge Men-
 schen eine Ausbildung begonnen, was einem
 Anstieg von drei Prozent im Vergleich zu 2022
 entspricht. Obwohl die Zahlen weiterhin un-
 ter dem Niveau vor der Corona-Pandemie lie-
 gen (minus 6,9 Prozent oder 35.900 Ausbil-
 dungsverträge im Vergleich zu 2019), zeigt
 sich insgesamt eine positive Entwicklung auf
 dem Ausbildungsmarkt. Sowohl das Interes-
 se junger Menschen an Ausbildungsplätzen
 als auch das Angebot an freien Stellen ha-
 ben zugenommen. Allerdings bestehen wei-
 terhin erhebliche Schwierigkeiten, Angebot
 und Nachfrage effektiv zusammenzuführen.
 Dies spiegelt sich in den wachsenden Antei-
 len unbesetzter Ausbildungsstellen und er-

362 ermöglichen, weniger Stunden bei vollem
 363 Lohnausgleich zu arbeiten, um so eine
 364 bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pri-
 365 vatleben zu gewährleisten und gleichzeitig
 366 die Produktivität durch innovative Arbeits-
 367 modelle zu steigern. Diese Entwicklung ist
 368 gerade in Zeiten der Automatisierung ein
 369 zentraler Baustein für die Zukunft der Arbeit.
 370 Künstliche Intelligenz und Automatisierung
 371 bieten auch Chancen für gute digitalisier-
 372 te Arbeit, mehr Selbstbestimmung und
 373 Mitbestimmung aller Beschäftigten. Dies
 374 gelingt nur, wenn Beschäftigte entlastet und
 375 Überwachung entgegengewirkt wird. Daher
 376 fordern wir ein Recht auf Unerreichbarkeit
 377 während der Ruhezeiten, eine stärkere
 378 Flexible Arbeitszeiten müssen Beschäftig-
 379 ten die Möglichkeit geben, frei darüber
 380 zu entscheiden, wann sie arbeiten wollen.

381 **Dies gelingt nur durch die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes.** Zusätzlich

382 bietet die Automatisierung eine Chance, dass
 383 Branchen, die unter einem hohen Fachkräf-
 384 temangel leiden, entlastet werden. Neben
 385 der Weiterbildung und Jobsicherheit der
 386 Arbeitnehmer, ist es auch Aufgabe der Politik,
 387 automatisierte Umsetzungsmaßnahmen
 388 zu evaluieren, um die Arbeitsbelastung der
 389 Arbeitnehmer*innen zu reduzieren. Dies
 390 ist insbesondere im öffentlichen Nahver-
 391 kehr, der Logistik und in der Verwaltung zu
 392 überprüfen.

393

394 **Qualifizierung ermöglichen**

395

396 Bildung, Nachqualifizierung, Weiterbildung
 397 und Qualifizierung sind integrale Bestandtei-
 398 le einer aktiven Sozial- und Arbeitsmarktpoli-
 399 tik und wirken präventiv, im Sinne der Eröff-
 400 nung von Möglichkeiten der sozialen Teilha-
 401 ben und bei Zugängen zu Ausbildung und Ar-
 402 beit. Dies gilt für alle Menschen und verfolgt
 403 das Prinzip einer integrativen und inklusiven
 404 Bildung.

405 Lebenslanges Lernen ermöglicht es Men-
 406 schen länger in Arbeit zu bleiben und auch
 407 bei Umbrücken eine Qualifikationsadäquate

folglos Suchender wider. Laut dem Berufsbil-
 dungsbericht 2024, den das Bundeskabinett
 verabschiedet hat, blieben 2023 bundesweit
 rund 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt,
 was 13,4 Prozent des gesamten Angebots ent-
 spricht – ein neuer Höchstwert. Gleichzeitig
 hatten etwa 63.700 junge Menschen am 30.
 September noch keinen Ausbildungsplatz ge-
 funden, was einem Anteil von 11,5 Prozent
 entspricht. Um diesen Missstand zu beheben,
 haben junge Menschen, die keinen betriebli-
 chen Ausbildungsplatz finden, seit April 2024
 ein Recht auf eine garantierte Ausbildung,
 insbesondere in Regionen mit einem gerin-
 gen Ausbildungsplatzangebot. Dies ist ein Er-
 folg, für den die SPD lange gekämpft hat. Den-
 noch bleibt das Ziel, ein noch engmaschigeres
 Auffangnetz zu schaffen, damit keine*r ohne
 Ausbildungsplatz bleibt. Unternehmen müs-
 sen zusätzlich um allen die Mög-
 lichkeit zu geben, ihren Wunschberuf zu erler-
 nen. Es ist nicht hinnehmbar, jedes Jahr tau-
 sende Jugendliche im Stich zu lassen, wäh-
 rend gleichzeitig über Fachkräftemangel ge-
 klagt wird. Es zeigt sich, dass in bestimm-
 ten Branchen, in denen die Ausbildungsver-
 gütung niedrig und die Arbeitsbedingungen
 schlecht sind, besonders viele Stellen unbe-
 setzt bleiben. Hier bedarf es einer umlage-
 finanzierten Ausbildungsgarantie sowie ei-
 nes individuellen Rechtsanspruchs auf einen
 Ausbildungsplatz. Dies würde die Kosten der
 Ausbildung fair auf alle Unternehmen vertei-
 len, die Ausbildungsqualität verbessern und
 gezielte Unterstützung für Jugendliche beim
 Übergang von der Schule in den Beruf bie-
 ten. Wir fordern außerdem die Sicherstellung,
 dass eine erneute Probezeit nach der Über-
 nahme aus der Ausbildung in ein festes Ar-
 beitsverhältnis im ausbildenden Betrieb nicht
 zulässig ist. Bei der Anstellung eines Azu-
 bis, durchläuft diese*r bereits eine vertrag-
 lich festgelegte Probezeit. Darüber hinaus hat
 sich ein Azubi über die Dauer seiner*ihrer
 Ausbildung insofern bewiesen, als dass sie*er
 für eine Übernahme in Frage gekommen ist,

408 neue Beschäftigung zu finden. Dadurch wer-
 409 den die Systeme staatlicher Transferleistun-
 410 gen nachhaltig entlastet und auchdem Fach-
 411 kräftemangel wird entgegengewirkt. Die So-
 412 zialdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt, das
 413 Grundrecht auf Bildung kostenfrei zu gestal-
 414 ten, um einer Stigmatisierung von Betrof-
 415 fenen, verbunden mit einer Entbürokratisie-
 416 rung und Schwellensetzungen entgegenzu-
 417 wirken. Unterschiedliche Leistungssysteme
 418 sind so zu verzahnen, dass ein verlässliches,
 419 kohärentes, an den Notwendigkeiten orien-
 420 tiertes System entsteht. Eine Sockelfinanzie-
 421 rung muss Leistungen und Angebote sichern,
 422 um Kontinuität und Qualität zu sichern. Ei-
 423 ne Unterscheidung zwischen freiwilligen und
 424 gesetzlichen Leistungen muss zukünftig ent-
 425 fallen. Im Zusammenhang mit Bildung muss
 426 das Kooperationsverbot in allen Zusammen-
 427 hängen durch ein Kooperationsgebot ersetzt
 428 werden, um notwendige Finanzierungen und
 429 Strukturierungen unter Nutzung der Mög-
 430 lichkeiten von Kommunen, Ländern und den
 431 Bund miteinander und nicht in der Abgren-
 432 zung wirken zu lassen.

433

434 **Gute Ausbildung**

435

436 Im Jahr 2023 haben rund 489.200 junge Men-
 437 schen eine Ausbildung begonnen, was einem
 438 Anstieg von drei Prozent im Vergleich zu 2022
 439 entspricht. Obwohl die Zahlen weiterhin un-
 440 ter dem Niveau vor der Corona-Pandemie lie-
 441 gen (minus 6,9 Prozent oder 35.900 Ausbil-
 442 dungsverträge im Vergleich zu 2019), zeigt
 443 sich insgesamt eine positive Entwicklung auf
 444 dem Ausbildungsmarkt. Sowohl das Interes-
 445 se junger Menschen an Ausbildungsplätzen
 446 als auch das Angebot an freien Stellen ha-
 447 ben zugenommen. Allerdings bestehen wei-
 448 terhin erhebliche Schwierigkeiten, Angebot
 449 und Nachfrage effektiv zusammenzuführen.
 450 Dies spiegelt sich in den wachsenden Antei-
 451 len unbesetzter Ausbildungsstellen und er-
 452 folglos Suchender wider. Laut dem Berufsbil-
 453 dungsbericht 2024, den das Bundeskabinett

eine anschließende Probezeit ist daher aus of-
 fensichtlichen Gründen unnötig.

Forderungen:

- Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie.
- Faire Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Unternehmen, um die Qualität der Ausbildung zu steigern.
- Keine erneute Probezeit nach der Übernahme im ausbildenden Betrieb
- Deutliche Anhebung der Mindestausbildungsvergütung

Rente und Pension – ein Alter in Würde

Wir wollen die gesetzliche Rente weiterhin stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung, die Lebensstandard sichernd sein soll. Wir setzen uns vorerst für ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent ein, arbeiten aber daran, dass sich das Rentenniveau weiter erhöht. Gute Löhne, die aus einer starken Tarifbindung und unserer Arbeitsmarktpolitik resultieren, sind der Garant für die Stabilität der gesetzlichen Rente. Sie ist der Schlüssel, damit alle, die hart und lange arbeiten, auch gut im Alter davon leben können. Für rund zwei Drittel der über 65-Jährigen ist die gesetzliche Rente die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Die gesetzliche Rente ist und bleibt also das Herzstück der Alterssicherung in Deutschland. Vor allem die demografische Entwicklung hinterlässt langsam Spuren. In naher Zukunft gehen die sogenannten „Babyboomer“, in den Ruhestand. Gleichzeitig hat die steigende Lebenserwartung dazu geführt, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung deutlich erhöht hat – während nachfolgende Generationen weniger Kinder bekommen haben. Das Rentenniveau würde ohne Sicherung zwangsläufig sinken. Mit dem Rentenpaket II werden wir dafür sorgen, dass das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent stabilisiert wird. Die Sicherung des Mindestniveaus wirkt in einem ersten Schritt bis Mitte 2040. Dann müssen laut Gesetz für die Zeit nach 2040 weitere Vorschläge zur Sicherung

454 verabschiedet hat, blieben 2023 bundesweit
455 rund 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt,
456 was 13,4 Prozent des gesamten Angebots ent-
457 spricht – ein neuer Höchstwert. Gleichzeitig
458 hatten etwa 63.700 junge Menschen am 30.
459 September noch keinen Ausbildungsplatz ge-
460 funden, was einem Anteil von 11,5 Prozent
461 entspricht. Um diesen Missstand zu beheben,
462 haben junge Menschen, die keinen betriebli-
463 chen Ausbildungsplatz finden, seit April 2024
464 ein Recht auf eine garantierte Ausbildung,
465 insbesondere in Regionen mit einem gerin-
466 gen Ausbildungsplatzangebot. Dies ist ein Er-
467 folg, für den die SPD lange gekämpft hat. Den-
468 noch bleibt das Ziel, ein noch engmaschigeres
469 Auffangnetz zu schaffen, damit keine*r ohne
470 Ausbildungsplatz bleibt. Unternehmen müs-
471 sen verstärkt ausbilden, um allen die Mög-
472 lichkeit zu geben, ihren Wunschberuf zu erler-
473 nen. Es ist nicht hinnehmbar, jedes Jahr tau-
474 sende Jugendliche im Stich zu lassen, wäh-
475 rend gleichzeitig über Fachkräftemangel ge-
476 klagt wird. Es zeigt sich, dass in bestimm-
477 ten Branchen, in denen die Ausbildungsver-
478 gütung niedrig und die Arbeitsbedingungen
479 schlecht sind, besonders viele Stellen unbe-
480 setzt bleiben. Hier bedarf es einer umlage-
481 finanzierten Ausbildungsgarantie sowie ei-
482 nes individuellen Rechtsanspruchs auf einen
483 Ausbildungsplatz. Dies würde die Kosten der
484 Ausbildung fair auf alle Unternehmen vertei-
485 len, die Ausbildungsqualität verbessern und
486 gezielte Unterstützung für Jugendliche beim
487 Übergang von der Schule in den Beruf bie-
488 ten. Wir fordern außerdem die Sicherstellung,
489 dass eine erneute Probezeit nach der Über-
490 nahme aus der Ausbildung in ein festes Ar-
491 beitsverhältnis im ausbildenden Betrieb nicht
492 zulässig ist. Bei der Anstellung eines Azu-
493 bis, durchläuft diese*r bereits eine vertrag-
494 lich festgelegte Probezeit. Darüber hinaus hat
495 sich ein Azubi über die Dauer seiner*ihrer
496 Ausbildung insofern bewiesen, als dass sie*er
497 für eine Übernahme in Frage gekommen ist,
498 eine anschließende Probezeit ist daher aus of-
499 fensichtlichen Gründen unnötig.

dieses Rentenniveaus unterbreitet werden.
So haben auch junge Menschen die Garantie,
dass sie nach dem Arbeitsleben eine ordent-
liche Rente bekommen. Aktuelle Vorausbe-
rechnungen lassen aber den Schluss zu, dass
diese Belastungen weniger stark ausfallen
werden als angenommen und auch die Bei-
träge sind schon jetzt weniger stark gestie-
gen als befürchtet. Das liegt an einem star-
ken Arbeitsmarkt, auf dem heute mehr ältere
Beschäftigte, Frauen und ausländische Fach-
kräfte arbeiten als früher. Und je mehr Men-
schen in sozialversicherungspflichtige Arbeit
gebracht werden, umso mehr Beiträge stär-
ken die Rente. Es ist also möglich, mit den
richtigen Weichen die Rente fit für die Zu-
kunft zu machen. Wir haben erfolgreich die
Grundrente eingeführt. Sie ist ein Fortschritt
und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte
für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem
Risiko im Alter arm zu sein. Wir lehnen ei-
ne weitere Anhebung des gesetzlichen Ren-
teneintrittsalters ab. Sie bedeutet für viele,
die nicht länger arbeiten können, eine Ren-
tenkürzung. Den gesetzlichen Anspruch, dass
besonders langjährig Versicherte vor Errei-
chen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in
Rente gehen können, wollen wir beibehalten.
Um die langfristige Stabilität der gesetzlichen
Rentenversicherung zu gewährleisten und Al-
tersarmut zu verringern, müssen alle Berufs-
gruppen verpflichtend in das System einbezo-
gen werden. Durch Rentenversicherungsbei-
träge von Selbstständige, Beamt*innen und
freie Berufe wird die finanzielle Basis gestärkt
und Ungleichheiten im Alter abgebaut. Da-
durch wird ein einheitliches Rentensystem
geschaffen, das für alle Erwerbstätigen faire
und sichere Rahmenbedingungen bietet.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Frauen müssen in unserer Gesellschaft noch
immer einen Großteil der unbezahlten Sor-
gearbeit leisten. Oft stemmen sie neben
ihrem Job noch Haushalt und Kindererzie-
hung, haben mit unsicherer Kinderbetreu-
ung, schlechterer Bezahlung und geringeren

500

501 **Forderungen:**

- 502 • Einführung einer umlagefinanzierten
- 503 Ausbildungsgarantie.
- 504 • Faire Verteilung der Ausbildungskosten
- 505 auf alle Unternehmen, um die Qualität
- 506 der Ausbildung zu steigern.
- 507 • Keine erneute Probezeit nach der Über-
- 508 nahme im ausbildenden Betrieb
- 509 • Deutliche Anhebung der Mindestaus-
- 510 bildungsvergütung

511

512 **Rente und Pension – ein Alter in Würde**

513

514 Wir wollen die gesetzliche Rente weiterhin
 515 stärken und stehen für eine dauerhaft stabile
 516 Rentenleistung, die Lebensstandard sichernd
 517 sein soll. Wir setzen uns vorerst für ein dauer-
 518 haftes Rentenniveau von mindestens 48 Pro-
 519 zent ein, arbeiten aber daran, dass sich das
 520 Rentenniveau weiter erhöht. Gute Löhne, die
 521 aus einer starken Tarifbindung und unserer
 522 Arbeitsmarktpolitik resultieren, sind der Ga-
 523 rant für die Stabilität der gesetzlichen Ren-
 524 te. Sie ist der Schlüssel, damit alle, die hart
 525 und lange arbeiten, auch gut im Alter da-
 526 von leben können. Für rund zwei Drittel der
 527 über 65-Jährigen ist die gesetzliche Rente die
 528 wichtigste Einkommensquelle im Alter. Die
 529 gesetzliche Rente ist und bleibt also das Herz-
 530 stück der Alterssicherung in Deutschland. Vor
 531 allem die demografische Entwicklung hinter-
 532 lässt langsam Spuren. In naher Zukunft ge-
 533 hen die sogenannten „Babyboomer“, in den
 534 Ruhestand. Gleichzeitig hat die steigende Le-
 535 benserwartung dazu geführt, dass sich der
 536 Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölke-
 537 rung deutlich erhöht hat – während nachfol-
 538 gende Generationen weniger Kinder bekom-
 539 men haben. Das Rentenniveau würde ohne
 540 Sicherung zwangsläufig sinken. Mit dem Ren-
 541 tenpaket II werden wir dafür sorgen, dass das
 542 Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent sta-
 543 bilisiert wird. Die Sicherung des Mindestni-
 544 veaus wirkt in einem ersten Schritt bis Mitte
 545 2040. Dann müssen laut Gesetz für die Zeit

Karrierechancen zu kämpfen. Das steuerliche Ehegattensplitting macht es für Frauen häufig noch unattraktiver, ihre Arbeitsstunden aufzustocken, weshalb viele in Mini-Jobverhältnissen arbeiten, welche ihnen keine soziale Absicherung bieten.

Daher fordern wir:

- Die Abschaffung des steuerlichen Ehegatten-Splitting **und die Einführung einer geschlechtergerechten und familienfreundlichen Steuerpolitik**
- ~~Minijobs-abzuschaffen mit einer vollen Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro~~
- Die Subventionierung von unterstützenden haushaltsnahen Dienstleistungen (z.B. Reinigungskräfte, private Kinderbetreuung, Au-Pairs, Gartenhilfe etc.) für Familien, durch die Bundesagentur für Arbeit, wenn dadurch der Arbeitsumfang erhöht oder eine Reduzierung vermieden werden kann (Belgisches Modell)
- Eine grundsätzliche Reduzierung der Arbeitszeit auf eine 30 Stunden Woche als neue (kleine) Vollzeit bei vollem Lohnausgleich, um eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Arbeit zu ermöglichen. Zur Unterstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf für eine Reduzierung der Arbeitszeit soll eine groß angelegte Machbarkeitsstudie durch das BMAS in Auftrag gegeben werden. Darüber hinaus sollen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die eine allgemeine reduzierte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ermöglichen.
- **Förderung Flexibler Arbeitszeitmodelle**
- **Anspruch auf mobiles Arbeiten**
- **Verbesserung der Kinderbetreuung und ein Elterngeld zwischen den Eltern mit finanziellen Anreizen und Nachteilsausgleich für Alleinerziehende**

Neue Chancen: das Bürgergeld

546 nach 2040 weitere Vorschläge zur Sicherung
 547 dieses Rentenniveaus unterbreitet werden.
 548 So haben auch junge Menschen die Garantie,
 549 dass sie nach dem Arbeitsleben eine ordent-
 550 liche Rente bekommen. Aktuelle Vorausbe-
 551 rechnungen lassen aber den Schluss zu, dass
 552 diese Belastungen weniger stark ausfallen
 553 werden als angenommen und auch die Bei-
 554 träge sind schon jetzt weniger stark gestie-
 555 gen als befürchtet. Das liegt an einem star-
 556 ken Arbeitsmarkt, auf dem heute mehr ältere
 557 Beschäftigte, Frauen und ausländische Fach-
 558 kräfte arbeiten als früher. Und je mehr Men-
 559 schen in sozialversicherungspflichtige Arbeit
 560 gebracht werden, umso mehr Beiträge stär-
 561 ken die Rente. Es ist also möglich, mit den
 562 richtigen Weichen die Rente fit für die Zu-
 563 kunft zu machen. Wir haben erfolgreich die
 564 Grundrente eingeführt. Sie ist ein Fortschritt
 565 und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte
 566 für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem
 567 Risiko im Alter arm zu sein. Wir lehnen ei-
 568 ne weitere Anhebung des gesetzlichen Ren-
 569 teneintrittsalters ab. Sie bedeutet für viele,
 570 die nicht länger arbeiten können, eine Ren-
 571 tenkürzung. Den gesetzlichen Anspruch, dass
 572 besonders langjährig Versicherte vor Errei-
 573 chen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in
 574 Rente gehen können, wollen wir beibehalten.
 575 Um die langfristige Stabilität der gesetzlichen
 576 Rentenversicherung zu gewährleisten und Al-
 577 tersarmut zu verringern, müssen alle Berufs-
 578 gruppen verpflichtend in das System einbezo-
 579 gen werden. Durch Rentenversicherungsbei-
 580 träge von Selbstständige, Beamt*innen und
 581 freie Berufe wird die finanzielle Basis gestärkt
 582 und Ungleichheiten im Alter abgebaut. Da-
 583 durch wird ein einheitliches Rentensystem
 584 geschaffen, das für alle Erwerbstätigen faire
 585 und sichere Rahmenbedingungen bietet.
 586
 587 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
 588
 589 Frauen müssen in unserer Gesellschaft noch
 590 immer einen Großteil der unbezahlten Sor-
 591 gearbeit leisten. Oft stemmen sie neben

Die Einführung des Bürgergeldes und die da-
 mit eingeleitete Abkehr von Hartz IV war
 richtig und wir verteidigen diesen wichtigen
 Schritt. Die konstanten Angriffe auf die Re-
 form durch das gesamte rechte gesellschaft-
 liche Spektrum von AfD über CDU bis FDP
 diffamieren das Bürgergeld und die Men-
 schen, die auf die Unterstützung angewiesen
 sind, in populistischer und teils hetzerischer
 Weise. Anders als häufig behauptet ist das
 Bürgergeld kein "Bedingungsloses Grundein-
 kommen", sondern es wird nur auf Antrag an
 Personen gezahlt, die bedürftig sind. Zudem
 gibt es Mitwirkungspflichten – das bedeu-
 tet, dass Bürgergeldbeziehende daran mit-
 wirken müssen, die eigene Hilfsbedürftigkeit
 zu überwinden. Doch anders als im Hartz IV
 System setzt das Bürgergeld auf einen Wandel
 in der Zusammenarbeit zwischen Jobcen-
 ter und Bürger:innen: die nächsten Schritte
 sollen gemeinsam und möglichst im Konsens
 festgestellt werden, eine Weiterbildung wird
 unterstützt und es sollen vor allem jene Jobs
 und Maßnahmen vermittelt werden, die zu
 den Menschen passen. Wir wissen auch, dass
 ein Großteil der Langzeitarbeitslosen gesund-
 heitliche Probleme haben, zwei Drittel ha-
 ben keinen Schulabschluss und für viele ist
 der Weg in Erwerbsarbeit weit. Daher ist viel
 Unterstützung nötig – und nicht eine immer
 weitere Verschärfung von Sanktionen. Daher
 fordern wir:

- Eine bessere Ausfinanzierung der Jobcenter, damit sie **genug gut geschultes** Personal für die Beratung anstellen können und für jede arbeitslose Person ein passendes Angebot machen können (Job, Maßnahme oder Qualifizierung)
- Eine Ausweitung des sozialen Arbeitsmarktes (Maßnahmen nach §16i) für weitere Gruppen sowie eine Option auf Verlängerung, wenn nach 5 Jahren eine Übernahme durch den Träger nicht möglich ist.
- Eine Ausweitung der sozialraumorientierten Ansätzen, aufsuchender

ihrem Job noch Haushalt und Kindererziehung, haben mit unsicherer Kinderbetreuung, schlechterer Bezahlung und geringeren Karrierechancen zu kämpfen. Das steuerliche Ehegattensplitting macht es für Frauen häufig noch unattraktiver, ihre Arbeitsstunden aufzustocken, weshalb viele in Mini-Jobverhältnissen arbeiten, welche ihnen keine soziale Absicherung bieten.

Daher fordern wir:

- Die Abschaffung des steuerlichen Ehegatten-Splittings
- Minijobs abzuschaffen mit einer vollen Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro
- Die Subventionierung von unterstützenden haushaltsnahen Dienstleistungen (z.B. Reinigungskräfte, private Kinderbetreuung, Au-Pairs, Gartenhilfe etc.) für Familien, durch die Bundesagentur für Arbeit, wenn dadurch der Arbeitsumfang erhöht oder eine Reduzierung vermieden werden kann (Belgisches Modell)
- Eine grundsätzliche Reduzierung der Arbeitszeit auf eine 30 Stunden Woche als neue (kleine) Vollzeit bei vollem Lohnausgleich, um eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Arbeit zu ermöglichen. Zur Unterstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf für eine Reduzierung der Arbeitszeit soll eine groß angelegte Machbarkeitsstudie durch das BMAS in Auftrag gegeben werden. Darüber hinaus sollen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die eine allgemeine reduzierte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ermöglichen.
- **Wir fordern in § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) die Streichung von Absatz 7 Satz 1 durch Gesetzesänderung, damit endlich alle Arbeitnehmer*innen Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit im Rahmen von Elternzeit haben.**

Beratung und Coaching-Angeboten, um auch Menschen mit größeren Vermittlungshemmnissen oder Distanz zu behördlichen Strukturen zu unterstützen

- Eine Überarbeitung von Briefen und Bescheiden, sodass diese leicht verständlich sind
- Die Karenzzeit wieder auf mindestens 12 Monate, besser jedoch 24 Monate auszuweiten, damit sich Menschen, die neu im Bürgergeld sind, zunächst orientieren können und evtl. eine Qualifizierung machen können, statt sich über einen möglichen Umzug Gedanken machen zu müssen.

Arbeitsmarktintegration von Migrant: innen und Geflüchteten

Deutschland ist ein Einwanderungsland und durch Zuwanderung geprägt. Die Gründe für Migration sind ebenso vielfältig, Menschen sind auf der Suche nach einer Ausbildung, einem Studienplatz oder einer Arbeit. Unser Ziel ist der frühzeitige Arbeitsmarktzugang und die damit verbundene Selbstwirksamkeit mit Einkommen und sozialen Kontakten. Denn Arbeitsmarktintegration ist ein zentraler Baustein für Integration und Partizipation. Wir fordern, dass der „Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten“ extern wissenschaftlich evaluiert werden muss und die Ergebnisse implementiert werden. Schon jetzt ist deutlich, dass es zu wenig Finanzmittel und widersprüchliche Anreize gibt. Gute Beratung ist für schnelle Arbeitsmarktintegration zwingend notwendig. Es muss **besser geschultes** Personal in Jobcenter eingestellt werden und Unternehmen stärker verpflichtend einbezogen werden. ~~Schon durch den rechtswechselkreis Geflüchteter—Ukrainer*innen—haben—die Jobcenter—erhöhten—Finanzbedarf,—der bereitgestellt werden muss.~~ Die vom Bund getragenen Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets der Jobcenter sind nicht ausreichend und müssen erhöht werden. Der

638 **Bislang fehlt dieser Rechtsanspruch**
 639 **für Millionen Arbeitnehmer*innen, da**
 640 **diese in Unternehmen mit bis zu 14**
 641 **regelmäßig Beschäftigten tätig sind.**
 642 **Alleine in der Handwerksbranche ar-**
 643 **beiten rund 5,2 Millionen Beschäftigte**
 644 **in 553.600 Betrieben. Im Durchschnitt**
 645 **arbeiteten 9 Personen in einem Un-**
 646 **ternehmen im zulassungspflichtigen**
 647 **Handwerk. Auch diesen Arbeitneh-**
 648 **mer*innen muss eine Möglichkeit auf**
 649 **Teilzeitarbeit in Elternzeit geschaffen**
 650 **werden.**

651

652 **Neue Chancen: das Bürgergeld**

653

654

655 Die Einführung des Bürgergeldes und die da-
 656 mit eingeleitete Abkehr von Hartz IV war
 657 richtig und wir verteidigen diesen wichtigen
 658 Schritt. Die konstanten Angriffe auf die Re-
 659 form durch das gesamte rechte gesellschaft-
 660 liche Spektrum von AfD über CDU bis FDP
 661 diffamieren das Bürgergeld und die Men-
 662 schen, die auf die Unterstützung angewiesen
 663 sind, in populistischer und teils hetzerischer
 664 Weise. Anders als häufig behauptet ist das
 665 Bürgergeld kein "Bedingungsloses Grundein-
 666 kommen", sondern es wird nur auf Antrag an
 667 Personen gezahlt, die bedürftig sind. Zudem
 668 gibt es Mitwirkungspflichten – das bedeu-
 669 tet, dass Bürgergeldbeziehende daran mit-
 670 wirken müssen, die eigene Hilfsbedürftigkeit
 671 zu überwinden. Doch anders als im Hartz IV
 672 System setzt das Bürgergeld auf einen Wan-
 673 del in der Zusammenarbeit zwischen Jobcen-
 674 ter und Bürger:innen: die nächsten Schritte
 675 sollen gemeinsam und möglichst im Konsens
 676 festgestellt werden, eine Weiterbildung wird
 677 unterstützt und es sollen vor allem jene Jobs
 678 und Maßnahmen vermittelt werden, die zu
 679 den Menschen passen. Wir wissen auch, dass
 680 ein Großteil der Langzeitarbeitslosen gesund-
 681 heitliche Probleme haben, zwei Drittel ha-
 682 ben keinen Schulabschluss und für viele ist
 683 der Weg in Erwerbsarbeit weit. Daher ist viel

Weg in Arbeit, vor allem in qualifikationsna-
 he Beschäftigung ist ein langer Weg. Qualität
 und Quantität der Arbeitsmarktintegration
 sollen nicht gegeneinander ausgespielt wer-
 den. Schnelle Arbeitsaufnahme darf nicht
 zu sogenannten „log in“ Effekten führen.
 Vermittlungsangebote in niedrigqualifizierte
 Tätigkeiten und nicht nach Qualifikation
 lehnen wir ab. Der Spracherwerb ist ein
 zentraler Faktor für die Arbeitsmarktinte-
 gration. Dafür braucht es niedrigschwellige
 Einstiegs – und Orientierungsangebote (EOK)
 des Bundes als Regelstruktur. Migrations-
 beratung ist im Kontext von Arbeit und
 Ausbildung eine wichtige Anlaufstelle und
 muss gestärkt werden. Teilnehmende an
 einem Job-Berufssprachkurs (Job-BSK), die
 nicht im Leistungsbezug (AsylbLG, SGB II,
 SGB XII oder Anspruch auf Arbeitslosengeld)
 stehen, müssen die anfallenden Kosten i.H.v.
 50 Prozent des Kostenerstattungssatzes
 selbst tragen, was eine erhebliche Hürde
 für die Inanspruchnahme dieser Kurse von
 Beschäftigten darstellen. Hier braucht es
 bedarfsgerechte Lösungen.

Beratungsstrukturen und Anlaufstellen zu- **sammenführen**

Unser Sozialstaat ist gut ausgebaut, jedoch
 häufig zu komplex, zu bürokratisch und
 schwerfällig. Viel zu oft kommt die Hilfe
 nicht dort an, wo sie am dringendsten benö-
 tigt wird, da die Menschen im Antrags- und
 Behördenschlingel verloren gehen. Um die
 Effizienz und Zugänglichkeit sozialer Unter-
 stützungsangebote zu verbessern, sollen re-
 gelmäßige und verpflichtende Austauschfor-
 mate zwischen Institutionen wie den Sozi-
 alämtern, dem Jobcenter, dem LAF und an-
 deren relevanten Akteuren geschaffen wer-
 den. Das soll den Aufbau von persönlichen
 Kontakten fördern und die notwendige Ko-
 ordination von Hilfsleistungen verbessern. Es
 ist notwendig, soziale Leistungen und die
 zuständigen Behörden stärker zusammenzu-
 führen. So werden klare Verantwortlichkeiten
 geschaffen und der Zugang zu Transferleis-

684 Unterstützung nötig – und nicht eine immer
685 weitere Verschärfung von Sanktionen. Daher
686 fordern wir:

- 687 • Eine bessere Ausfinanzierung der Job-
688 center, damit sie genug Personal für die
689 Beratung anstellen können und für je-
690 jede arbeitslose Person ein passendes An-
691 gebot machen können (Job, Maßnahme
692 oder Qualifizierung)
- 693 • Eine Ausweitung des sozialen Arbeits-
694 marktes (Maßnahmen nach §16i) für
695 weitere Gruppen sowie eine Option auf
696 Verlängerung, wenn nach 5 Jahren ei-
697 ne Übernahme durch den Träger nicht
698 möglich ist.
- 699 • Eine Ausweitung der sozialraum-
700 orientierten Ansätzen, aufsuchender
701 Beratung und Coaching-Angeboten,
702 um auch Menschen mit größeren
703 Vermittlungshemmnissen oder Distanz
704 zu behördlichen Strukturen zu unter-
705 stützen
- 706 • Eine Überarbeitung von Briefen und Be-
707 scheiden, sodass diese leicht verständ-
708 lich sind
- 709 • Die Karenzzeit wieder auf mindestens
710 12 Monate, besser jedoch 24 Monate
711 auszuweiten, damit sich Menschen, die
712 neu im Bürgergeld sind, zunächst orien-
713 tieren können und evtl. eine Qualifizie-
714 rung machen können, statt sich über ei-
715 nen möglichen Umzug Gedanken ma-
716 chen zu müssen.

717

718 **Arbeitsmarktintegration von Migrant: innen** 719 **und Geflüchteten**

720

721 Deutschland ist ein Einwanderungsland und
722 durch Zuwanderung geprägt. Die Gründe für
723 Migration sind ebenso vielfältig, Menschen
724 sind auf der Suche nach einer Ausbildung,
725 einem Studienplatz oder einer Arbeit. Unser
726 Ziel ist der frühzeitige Arbeitsmarktzugang
727 und die damit verbundene Selbstwirksam-
728 keit mit Einkommen und sozialen Kontakten.
729 Denn Arbeitsmarktintegration ist ein zentra-

tungen vereinfacht. Um den bürokratischen Aufwand zu minimieren und notwendige Hilfen schneller zu gewährleisten, soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden. Weiterhin müssen die Antragsprozesse für soziale Transferleistungen vereinfacht und digitalisiert werden. Durch ein modernes, digitales System sollen Menschen unkompliziert und effizient auf die ihnen zustehenden Unterstützungen zugreifen können. Um die Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen Behörden und sozialen Trägern zu stärken, fordern wir die Einrichtung regelmäßiger Schulungen und Austauschprogramme. Diese sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte effizient zusammenarbeiten und die Unterstützung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Kinderarmut bekämpfen

Die Kinderarmut hat im Jahr 2023 mit 21,3 Prozent aller Kinder ein trauriges Rekordhoch erreicht. Gelder, die für arme Kinder bereitgestellt werden, erreichen diese viel zu selten. Oft fehlt das Wissen über die Leistungen oder die Beantragung ist zu kompliziert und überfordert gerade die Familien, die es sowieso schon nicht leicht haben. Mit der Kindergrundsicherung sollten daher die Kind-bezogenen Unterstützungsleistungen gebündelt und über eine einheitliche Anlaufstelle administriert werden. Komplizierte Anträge und die Rennerei zwischen verschiedenen Behörden sollten der Vergangenheit angehören. Einfach, digital und bedarfsdeckend sollte die Leistung sein. Leider war es nicht möglich, dieses Ziel in die Wirklichkeit umzusetzen. Die schleppende Digitalisierung und unterschiedlichste Datensysteme in den Ämtern stellen den Datenaustausch vor erhebliche Herausforderungen. Und nicht zuletzt wurde für eine deutlich höhere Leistung für alle Kinder auch nicht ausreichend Geld zur Verfügung gestellt. Dennoch brauchen wir dringend eine Umkehr in unserem Unterstützungssystem für Kinder und Jugendliche. Unser Ziel bleibt weiterhin: kein Kind und kein junger Mensch soll in Armut auf-

730 ler Baustein für Integration und Partizipation.
 731 Wir fordern, dass der „Turbo zur Arbeitsmark-
 732 integration von Geflüchteten“ extern wissen-
 733 schaftlich evaluiert werden muss und die Er-
 734 gebnisse implementiert werden. Schon jetzt
 735 ist deutlich, dass es zu wenig Finanzmittel
 736 und widersprüchliche Anreize gibt. Gute Be-
 737 ratung ist für schnelle Arbeitsmarktintegrati-
 738 on zwingend notwendig. Es muss mehr Per-
 739 sonal in Jobcenter eingestellt werden und
 740 Unternehmen stärker verpflichtend einbezo-
 741 gen werden. Schon durch den rechtswech-
 742 selkreis Geflüchteter Ukrainer*innen haben
 743 die Jobcenter erhöhten Finanzbedarf, der be-
 744 reitgestellt werden muss. Die vom Bund ge-
 745 tragenen Eingliederungs- und Verwaltungs-
 746 budgets der Jobcenter sind nicht ausreichend
 747 und müssen erhöht werden. Der Weg in Ar-
 748 beit, vor allem in qualifikationsnahe Beschäf-
 749 tigung ist ein langer Weg. Qualität und Quan-
 750 tität der Arbeitsmarktintegration sollen nicht
 751 gegeneinander ausgespielt werden. Schnel-
 752 le Arbeitsaufnahme darf nicht zu sogenann-
 753 ten „log in“ Effekten führen. Vermittlungsan-
 754 gebote in niedrigqualifizierte Tätigkeiten und
 755 nicht nach Qualifikation lehnen wir ab. Der
 756 Spracherwerb ist ein zentraler Faktor für die
 757 Arbeitsmarktintegration. Dafür braucht es
 758 niedrigschwellige Einstiegs – und Orientie-
 759 rungsangebote (EOK) des Bundes als Regel-
 760 struktur. Migrationsberatung ist im Kontext
 761 von Arbeit und Ausbildung eine wichtige An-
 762 laufstelle und muss gestärkt werden. Teilneh-
 763 mende an einem Job-Berufssprachkurs (Job-
 764 BSK), die nicht im Leistungsbezug (AsylbLG,
 765 SGB II, SGB XII oder Anspruch auf Arbeitslo-
 766 sengeld) stehen, müssen die anfallenden Kos-
 767 ten i.H.v. 50 Prozent des Kostenerstattungs-
 768 satzes selbst tragen, was eine erhebliche Hür-
 769 de für die Inanspruchnahme dieser Kurse von
 770 Beschäftigten darstellen. Hier braucht es be-
 771 darfungerechte Lösungen.

772

773 **Beratungsstrukturen und Anlaufstellen zu-**
 774 **sammenführen**

775

wachsen!

Wir fordern daher entschieden:

- Das Kindergeld für alle Kinder min-
 destens auf die Höhe der Bürgergeld-
 Regelbedarfsstufe Vier (14-17-jährige
 Kinder, derzeit 471 Euro pro Monat)
 anzuheben. Der steuerliche Kinderfrei-
 betrag sollte diesem Wert angeglichen
 werden.
- ~~Eine Neuberechnung des kindlichen
 Existenzminimums (für Bürgergeld,
 Wohngeld etc.) unter Einbeziehung
 von Kindern und Jugendlichen~~ Die
 Berechnung des kindlichen Existenz-
 minimums muss sich der an der
 Vergleichsgruppe der gesellschaftli-
 chen Mitte orientieren, um wirkliche
 Teilhabe zu ermöglichen
- Den Kindergeldübertrag im Bürgergeld
 abzuschaffen und somit Alleinerzie-
 hende zu entlasten.
- Die Einführung einer Kinder-Karte für
 alle Kinder in Deutschland, über die dis-
 kriminierungsfrei und unbürokratisch
 Leistungen in Anspruch genommen
 werden können (z.B. Zugang zu Mu-
 seen, städtischen Schwimmbäder,
 Deutschlandticket etc.)
- Den Ausbau von kostenloser Infrastruk-
 tur für alle Kinder, insbesondere kos-
 tenloses Frühstück und Mittagessen in
 Kitas und Schulen, Lernmittel, ÖPNV,
 Hausaufgabenbetreuung.

Armut im Studium entgegenreten Mit BAFÖG Armut entgegen

Ob im Kindergarten, in der Schule oder im
 Studium, noch immer hängt die Chance auf
 Bildung vom Geldbeutel der Eltern ab. Sta-
 tistiken zeigen, dass in Deutschland viele
 Studierende von Armut betroffen sind. Wir
 wollen dieser Abwärtsspirale entgegenreten
 und fordern den aktuellen BAFÖG-Höchstsatz
 zu erhöhen. Dabei sollen ferner die BAFÖG-
 Fördersätze regelmäßig und dynamisch an
 die Inflationsrate angepasst werden. Dar-
 über hinaus muss die Entbürokratisierung
 des BAFÖGs weiter vorangetrieben werden,

776 Unser Sozialstaat ist gut ausgebaut, jedoch
 777 häufig zu komplex, zu bürokratisch und
 778 schwerfällig. Viel zu oft kommt die Hilfe
 779 nicht dort an, wo sie am dringendsten benö-
 780 tigt wird, da die Menschen im Antrags- und
 781 Behördenschwung verloren gehen. Um die
 782 Effizienz und Zugänglichkeit sozialer Unter-
 783 stützungsangebote zu verbessern, sollen re-
 784 gelmäßige und verpflichtende Austauschfor-
 785 mate zwischen Institutionen wie den Sozi-
 786 alämtern, dem Jobcenter, dem LAF und an-
 787 deren relevanten Akteuren geschaffen wer-
 788 den. Das soll den Aufbau von persönlichen
 789 Kontakten fördern und die notwendige Ko-
 790 ordination von Hilfsleistungen verbessern. Es
 791 ist notwendig, soziale Leistungen und die
 792 zuständigen Behörden stärker zusammenzu-
 793 führen. So werden klare Verantwortlichkeiten
 794 geschaffen und der Zugang zu Transferlei-
 795 stungen vereinfacht. Um den bürokratischen
 796 Aufwand zu minimieren und notwendige Hil-
 797 fen schneller zu gewährleisten, soll eine zen-
 798 trale Anlaufstelle geschaffen werden. Weiter-
 799 hin müssen die Antragsprozesse für soziale
 800 Transferleistungen vereinfacht und digitali-
 801 siert werden. Durch ein modernes, digitales
 802 System sollen Menschen unkompliziert und
 803 effizient auf die ihnen zustehenden Unter-
 804 stützungen zugreifen können. Um die Zusam-
 805 menarbeit und das Verständnis zwischen Be-
 806 hörden und sozialen Trägern zu stärken, for-
 807 dern wir die Einrichtung regelmäßiger Schu-
 808 lungen und Austauschprogramme. Diese sol-
 809 len sicherstellen, dass die Fachkräfte effizi-
 810 ent zusammenarbeiten und die Unterstüt-
 811 zung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

812

813 **Kinderarmut bekämpfen**

814

815 Die Kinderarmut hat im Jahr 2023 mit 21,3
 816 Prozent aller Kinder ein trauriges Rekord-
 817 hoch erreicht. Gelder, die für arme Kinder be-
 818 reitgestellt werden, erreichen diese viel zu
 819 selten. Oft fehlt das Wissen über die Leis-
 820 tungen oder die Beantragung ist zu kom-
 821 pliziert und überfordert gerade die Famili-

in dem beispielsweise die Bearbeitung der
 BAföG-Anträge innerhalb von drei Monaten
 erfolgen soll. Es darf nicht sein, dass Stu-
 dierende und Auszubildende mehr als ein
 halbes Jahr auf ihren Bescheid warten müs-
 sen. Damit niemand durch das Sozialsyste-
 m fällt, müssen finanzielle Aufstockungen
 durch Wohngeld, Bürger*innengeld und wei-
 tere Sozialleistungen für BAföG-Beziehende
 ermöglicht werden.

Wirksamer Klimaschutz durch Klimageld

Für uns Sozialdemokrat:innen ist klar: Der Kli-
 maschutz muss immer sozial gedacht wer-
 den. Bei der Bekämpfung der Klimakrise set-
 zen wir uns gegen Konsumshaming Einzel-
 ner ein und nehmen große Unternehmen und
 den Staat stärker in Pflicht. Während reichere
 Menschen die Auswirkungen von Teuerungen
 kaum spüren und kompensieren können, ist
 das besonders armutsbetroffene Menschen
 unmöglich. Daher ist es für uns unabding-
 bar, sozial-gerechte Maßnahmen einzufüh-
 ren, die den Teuerungen entgegenwirken.
 Das Klimageld in der kommenden Bundes-
 tagswahl zu beschließen, die Finanzierung
 im nächsten Bundeshaushalt sicherzustel-
 len und die Auszahlung umzusetzen. Dazu
 muss eine digitale Auszahlungsinfrastruktur
 noch vor Ende der Legislaturperiode geschaf-
 fen werden.

Mietenarmut bekämpfen durch Förderung des sozialer Wohnungsbaus und wirksamen Mieter*innenschutz

Deutschland steht sowohl in städtischen als
 auch in ländlichen Gebieten vor ernststen Her-
 ausforderungen auf dem Wohnungsmarkt.
 Besonders in den Ballungszentren explodieren
 die Mieten. Viele Menschen können sich
 den Wohnraum, der ihnen zur Verfügung
 steht, nicht mehr leisten. Die steigenden
 Mietkosten verschärfen die Armut in der Be-
 völkerung und bedrohen besonders einkom-
 mensschwache Haushalte.

Um den Entwicklungen entgegenzuwirken,
 müssen gezielte steuerliche Anreize geschaf-

822 en, die es sowieso schon nicht leicht haben.
 823 Mit der Kindergrundsicherung sollten daher
 824 die Kind-bezogenen Unterstützungsleistun-
 825 gen gebündelt und über eine einheitliche An-
 826 laufstelle administriert werden. Komplizier-
 827 te Anträge und die Rennerei zwischen ver-
 828 schiedenen Behörden sollten der Vergangen-
 829 heit angehören. Einfach, digital und bedarfs-
 830 deckend sollte die Leistung sein. Leider war
 831 es nicht möglich, dieses Ziel in die Wirklich-
 832 keit umzusetzen. Die schleppende Digitalisie-
 833 rung und unterschiedlichste Datensysteme in
 834 den Ämtern stellen den Datenaustausch vor
 835 erhebliche Herausforderungen. Und nicht zu-
 836 letzt wurde für eine deutlich höhere Leistung
 837 für alle Kinder auch nicht ausreichend Geld
 838 zur Verfügung gestellt. Dennoch brauchen
 839 wir dringend eine Umkehr in unserem Un-
 840 terstützungssystem für Kinder und Jugend-
 841 liche. Unser Ziel bleibt weiterhin: kein Kind
 842 und kein junger Mensch soll in Armut auf-
 843 wachsen!

844 Wir fordern daher entschieden:

- 845 • Das Kindergeld für alle Kinder min-
 846 destens auf die Höhe der Bürgergeld-
 847 Regelbedarfsstufe Vier (14-17-jährige
 848 Kinder, derzeit 471 Euro pro Monat)
 849 anzuheben. Der steuerliche Kinderfrei-
 850 betrag sollte diesem Wert angeglichen
 851 werden.
- 852 • Eine Neuberechnung des kindlichen
 853 Existenzminimums (für Bürgergeld,
 854 Wohngeld etc.) unter Einbeziehung
 855 von Kindern- und Jugendlichen
- 856 • Den Kindergeldübertrag im Bürgergeld
 857 abzuschaffen und somit Alleinerzie-
 858 hende zu entlasten.
- 859 • **Die Einführung einer Kinder-Karte für
 860 alle Kinder in Deutschland, über die dis-
 861 kriminierungsfrei und unbürokratisch
 862 Leistungen in Anspruch genommen
 863 werden können. Schöne Orte für Kin-
 864 dererlebnisse überall in Deutschland,
 865 indem wir massiv in die Sanierung
 866 von öffentlichen Spielplätzen, Sport-
 867 anlagen, Parks und Schwimmbäder**

fen werden, die sowohl Neubau als auch Sa-
 nierung von Wohnraum fördern. Insbesonde-
 re der Bau von Sozialwohnungen und genos-
 senschaftlichen Wohnprojekten muss vom
 Bund unterstützt werden. So kann langfristig
 bezahlbarer Wohnraum geschaffen und so-
 ziale Durchmischung in Städten und ländli-
 chen Regionen gewährleistet werden.

**Mit dem Ausbau des Förderprogrammes Jun-
 ges Wohnen schaffen wir langfristig noch
 mehr Wohnheimplätze.** Ein nationales Wohn-
 bauprogramm ist notwendig, das sowohl in
 urbanen als auch in ländlichen Gebieten die
 Schaffung von neuem Wohnraum forciert
 und bestehende Sozialwohnungen langfris-
 tig erhält. Dabei ist es unerlässlich, dass die
 Sozialbindung von geförderten Wohnungen
 verlängert wird, damit sie langfristig für ein-
 kommenschwache Haushalte zur Verfügung
 stehen und nicht nach Ablauf der Fristen dem
 freien Markt zu übersteuerten Preisen überlas-
 sen werden.

Weiter muss der Bund rechtliche Rahmen-
 bedingungen schaffen, die Mieter*innen vor
 übermäßigen Mieterhöhungen und Verdrän-
 gung schützen. Hierbei fordern wir einen
 bundesweiten Mietendeckel. Er ist notwen-
 dig, um die exorbitanten Mietsteigerungen
 vor allen in besonders belasteten Städten zu
 begrenzen und Mieter*innen in angespann-
 ten Wohnungsmärkten zu schützen. Gleich-
 zeitig ist es wichtig, Mieter*innen besser
 vor Eigenbedarfskündigungen zu schützen,
 indem Vermieter*Innen verpflichtet werden,
 gleichwertigen Ersatzwohnraum zur Verfü-
 gung zu stellen, um Wohnungs- und Ob-
 dachlosigkeit zu präventiv zu begegnen. Auch
 im ländlichen Raum muss der Bund geziel-
 te Maßnahmen ergreifen, um dem demo-
 grafischen Wandel progressiv entgegenzutret-
 ten. Hierzu gehört der Ausbau der Infrastruk-
 tur, wie schnelles Internet und öffentlicher
 Nahverkehr, ebenso wie die gezielte Förde-
 rung von nachhaltigem Wohnungsbau. Es ist
 entscheidend, dass der Bund den barriere-
 freien Ausbau von Wohnraum fördert, um

868 **investieren. Bibliotheken sind als**
 869 **moderne Lern- und Begegnungsorte**
 870 **auszugestalten und mit Ihren An-**
 871 **geboten für Kinder und Jugendliche**
 872 **kostenfrei. Der Zugang zu öffentlichen**
 873 **Museen soll für Kinder bis 18 Jahre**
 874 **mindestens zeitweise kostenfrei sein.-**

875 • Den Ausbau von kostenloser Infrastruk-
 876 tur für alle Kinder, insbesondere kosten-
 877 loses Frühstück und Mittagessen in Ki-
 878 tas und Schulen, Lernmittel, ÖPNV, **Mit-**
 879 **nahmemöglichkeit Kind beim Deutsch-**
 880 **landticket**, Hausaufgabenbetreuung.

881

882 **Armut im Studium entgegenreten**

883

884 Ob im Kindergarten, in der Schule oder im
 885 Studium, noch immer hängt die Chance auf
 886 Bildung vom Geldbeutel der Eltern ab. Sta-
 887 tistiken zeigen, dass in Deutschland viele
 888 Studierende von Armut betroffen sind. Wir
 889 wollen dieser Abwärtsspirale entgegenreten
 890 und fordern den aktuellen BAföG-Höchstsatz
 891 zu erhöhen. Dabei sollen ferner die BAföG-
 892 Fördersatzes regelmäßig und dynamisch an
 893 die Inflationsrate angepasst werden. Dar-
 894 über hinaus muss die Entbürokratisierung
 895 des BAföGs weiter vorangetrieben werden,
 896 in dem beispielsweise die Bearbeitung der
 897 BAföG-Anträge innerhalb von drei Monaten
 898 erfolgen soll. Es darf nicht sein, dass Stu-
 899 dierende und Auszubildende mehr als ein
 900 halbes Jahr auf ihren Bescheid warten müs-
 901 sen. Damit niemand durch das Sozialsys-
 902 tem fällt, müssen finanzielle Aufstockungen
 903 durch Wohngeld, Bürger*innengeld und wei-
 904 tere Sozialleistungen für BAföG-Beziehende
 905 ermöglicht werden.

906

907 **Wirksamer Klimaschutz durch Klimageld**

908

909 Für uns Sozialdemokrat:innen ist klar: Der Kli-
 910 maschutz muss immer sozial gedacht wer-
 911 den. Bei der Bekämpfung der Klimakrise set-
 912 zen wir uns gegen Konsumshaming Einzel-
 913 ner ein und nehmen große Unternehmen und

der wachsenden Nachfrage nach barrierefrei-
 en Wohnungen gerecht zu werden. Das be-
 trifft sowohl den Neubau als auch die Sa-
 nierung bestehender Wohnungen, um sicher-
 zustellen, dass auch ältere Menschen und
 Menschen mit Behinderungen angemesse-
 nen Wohnraum finden.

Obdachlosigkeit wirksam bekämpfen

Wichtig ist auch, Obdachlosigkeit wirksam
 entgegenzutreten. Dabei ist es unerlässlich,
 dass der Bund seiner zentralen Rolle bei der
 Bereitstellung von Ressourcen und der Koor-
 dinierung von Hilfsmaßnahmen nachkommt.
 Das erfordert in erster Linie eine ausreichen-
 de und nachhaltige Finanzierung der Obdach-
 losenhilfe.

Eine Sockelfinanzierung muss sicherstellen,
 dass die Versorgung von Obdachlosen und
 die Bereitstellung sicherer und barrierefrei-
 er Unterkünfte das ganze Jahr über gewähr-
 leistet sind. Hierzu müssen Bund und Länder
 gemeinsam ein dauerhaftes Finanzierungs-
 modell entwickeln, das die Abhängigkeit von
 zeitlich befristeten Projektmitteln reduziert
 und langfristige Stabilität bietet.

Darüber hinaus muss der Bund eine bun-
 desweit einheitliche Statistik zu Todesfä-
 llen durch Kältetod und anderen mit Ob-
 dachlosigkeit verbundenen Ursachen etablie-
 ren. Diese Daten sind notwendig, um ziel-
 gerichtete Präventionsmaßnahmen zu ent-
 wickeln und die Situation obdachloser Men-
 schen systematisch zu verbessern. Der Bund
 muss hier eine übergeordnete Rolle einneh-
 men, um eine einheitliche Datenerhebung
 und -auswertung sicherzustellen. Zudem ist
 die Stärkung der Präventionsmaßnahmen zur
 Verhinderung von Obdachlosigkeit auf natio-
 naler Ebene von zentraler Bedeutung.

Das beinhaltet unter anderem den Ausbau
 von sozialen Sicherungssystemen, um ins-
 besondere ältere Menschen, Arbeitslose, Ge-
 ringverdienende und Migrant*innen vor dem
 Verlust ihres Zuhauses zu schützen. Der Bund
 muss Rahmenbedingungen schaffen, die die
 frühzeitige Unterstützung gefährdeter Perso-

914 den Staat stärker in Pflicht. Während reichere
915 Menschen die Auswirkungen von Teuerungen
916 kaum spüren und kompensieren können, ist
917 das besonders armutsbetroffene Menschen
918 unmöglich. Daher ist es für uns unabding-
919 bar, sozial-gerechte Maßnahmen einzufüh-
920 ren, die den Teuerungen entgegenwirken.
921 Das Klimageld in der kommenden Bundes-
922 tagswahl zu beschließen, die Finanzierung
923 im nächsten Bundeshaushalt sicherzustel-
924 len und die Auszahlung umzusetzen. Dazu
925 muss eine digitale Auszahlungsinfrastruktur
926 noch vor Ende der Legislaturperiode geschaf-
927 fen werden.

928

929 **Mietenarmut bekämpfen durch Förderung**
930 **des sozialer Wohnungsbaus und wirksamen**
931 **Mieter*innenschutz**

932

933 Deutschland steht sowohl in städtischen als
934 auch in ländlichen Gebieten vor ernstest Her-
935 ausforderungen auf dem Wohnungsmarkt.
936 Besonders in den Ballungszentren explodie-
937 ren die Mieten. Viele Menschen können sich
938 den Wohnraum, der ihnen zur Verfügung
939 steht, nicht mehr leisten. Die steigenden
940 Mietkosten verschärfen die Armut in der Be-
941 völkerung und bedrohen besonders einkom-
942 mensschwache Haushalte.

943 Um den Entwicklungen entgegenzuwirken,
944 müssen gezielte steuerliche Anreize geschaf-
945 fen werden, die sowohl Neubau als auch
946 Sanierung von Wohnraum fördern. Insbe-
947 sondere der Bau von Sozialwohnungen und
948 genossenschaftlichen Wohnprojekten muss
949 vom Bund unterstützt werden. So kann lang-
950 fristig bezahlbarer Wohnraum geschaffen
951 und soziale Durchmischung in Städten und
952 ländlichen Regionen gewährleistet werden.
953 **Ein nationales Wohnungsorogramm Sonder-**
954 **vermögen Bauen für bezahlbaren Wohnraum**
955 **mit mindestens 100 Mrd. Euro in 5 Jahren** ist
956 notwendig, das sowohl in urbanen als auch in
957 ländlichen Gebieten die Schaffung von neu-
958 em Wohnraum forciert und bestehende So-
959 zialwohnungen **langfristig dauerhaft** erhält.

nen sicherstellen, bevor es zu einer existenzi-
ellen Krise kommt.

960 ~~Dabei ist es unerlässlich, dass die Sozialbindung von geförderten Wohnungen verlängert wird, damit sie langfristige~~
961 ~~Nur so stehen geförderte Wohnung zur Ver-~~
962 ~~fügung und werden nicht nach Ablauf der~~
963 ~~Fristen dem freien Markt zu übersteuerten~~
964 ~~Preisen überlassen.-~~

965 Weiter muss der Bund rechtliche Rahmen-
966 bedingungen schaffen, die Mieter*innen vor
967 übermäßigen Mieterhöhungen und Verdrän-
968 gung schützen. Hierbei fordern wir einen
969 bundesweiten Mietendeckel. Er ist notwen-
970 dig, um die exorbitanten Mietsteigerungen
971 vor allen in besonders **belasteten Städten** zu
972 begrenzen und Mieter*innen in angespann-
973 ten Wohnungsmärkten zu schützen. Gleich-
974 zeitig ist es wichtig, Mieter*innen besser
975 vor Eigenbedarfskündigungen zu schützen,
976 indem Vermieter*Innen verpflichtet werden,
977 gleichwertigen Ersatzwohnraum zur Verfü-
978 gung zu stellen, um Wohnungs- und Ob-
979 dachlosigkeit zu präventiv zu begegnen. Auch
980 im ländlichen Raum muss der Bund geziel-
981 te Maßnahmen ergreifen, um dem demo-
982 grafischen Wandel progressiv entgegenzutre-
983 ten. Hierzu gehört der Ausbau der Infrastruk-
984 tur, wie schnelles Internet und öffentlicher
985 Nahverkehr, ebenso wie die gezielte Förde-
986 rung von nachhaltigem Wohnungsbau. Es ist
987 entscheidend, dass der Bund den barriere-
988 freien Ausbau von Wohnraum fördert, um
989 der wachsenden Nachfrage nach barrierefrei-
990 en Wohnungen gerecht zu werden. Das be-
991 trifft sowohl den Neubau als auch die Sa-
992 nierung bestehender Wohnungen, um sicher-
993 zustellen, dass auch ältere Menschen und
994 Menschen mit Behinderungen angemesse-
995 nen Wohnraum finden.

996 Wichtig ist auch, Obdachlosigkeit wirksam
997 entgegenzutreten. Dabei ist es unerlässlich,
998 dass der Bund seiner zentralen Rolle bei der
999 Bereitstellung von Ressourcen und der Koor-
1000 dinierung von Hilfsmaßnahmen nachkommt.
1001 Das erfordert in erster Linie eine ausreichen-
1002 de und nachhaltige Finanzierung der Obdach-
1003 losenhilfe.

1004 Eine Sockelfinanzierung muss sicherstellen,
1005 dass die Versorgung von Obdachlosen und

1006die Bereitstellung sicherer und barrierefrei-
1007er Unterkünfte das ganze Jahr über gewähr-
1008leistet sind. Hierzu müssen Bund und Länder
1009gemeinsam ein dauerhaftes Finanzierungs-
1010modell entwickeln, das die Abhängigkeit von
1011zeitlich befristeten Projektmitteln reduziert
1012und langfristige Stabilität bietet.

1013Darüber hinaus muss der Bund eine bun-
1014desweit einheitliche Statistik zu Todesfäl-
1015len durch Kältetod und anderen mit Ob-
1016dachlosigkeit verbundenen Ursachen etablie-
1017ren. Diese Daten sind notwendig, um ziel-
1018gerichtete Präventionsmaßnahmen zu ent-
1019wickeln und die Situation obdachloser Men-
1020schen systematisch zu verbessern. Der Bund
1021muss hier eine übergeordnete Rolle einneh-
1022men, um eine einheitliche Datenerhebung
1023und -auswertung sicherzustellen. Zudem ist
1024die Stärkung der Präventionsmaßnahmen zur
1025Verhinderung von Obdachlosigkeit auf natio-
1026naler Ebene von zentraler Bedeutung.

1027Das beinhaltet unter anderem den Ausbau
1028von sozialen Sicherungssystemen, um ins-
1029besondere ältere Menschen, Arbeitslose, Ge-
1030ringverdienende und Migrant*innen vor dem
1031Verlust ihres Zuhauses zu schützen. Der Bund
1032muss Rahmenbedingungen schaffen, die die
1033frühzeitige Unterstützung gefährdeter Perso-
1034nen sicherstellen, bevor es zu einer existenzi-
1035ellen Krise kommt.

1036